

Helsinki, den 22. Oktober 1999
12119/99 (Presse 316)
(OR. en)

GIPFELTREFFEN EU/RUSSLAND

Helsinki, 22. Oktober 1999

GEMEINSAME ERKLÄRUNG

des Präsidenten des Europäischen Rates, P. Lipponen,
des Präsidenten der Europäischen Kommission, R. Prodi,
des Generalsekretärs des Rates und Hohen Vertreters, J. Solana, und
des Premierministers W. Putin in Vertretung
des Präsidenten der Russischen Föderation, B.N. Jelzin

Das heutige Gipfeltreffen EU/Rußland - das vierte Gipfeltreffen seit Inkrafttreten des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens (PKA) - ist ein wichtiges Ereignis in den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation an der Schwelle eines neuen Jahrhunderts.

Dieses Gipfeltreffen bot eine einzigartige Gelegenheit, die Möglichkeiten zur Stärkung unserer Partnerschaft zu erörtern. Wir nahmen auch Kenntnis vom Stand der Umsetzung des PKA, tauschten Gedanken über die jüngsten Entwicklungen in der Russischen Föderation und in der Europäischen Union aus, berieten über den Stand der Entwicklung hinsichtlich der Initiative der Nördlichen Dimension und unserer Zusammenarbeit in diesem Rahmen, erwogen die nächsten Schritte zur Verstärkung der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und anderer Formen krimineller Aktivitäten und erörterten internationale Fragen von gemeinsamem Interesse.

Internet: <http://ue.eu.int/Newsroom>
E-mail: press.office@consilium.eu.int

Wir begrüßten die vom Europäischen Rat im Juni 1999 in Köln beschlossene Gemeinsame Strategie der Europäischen Union für Rußland sowie die Mittelfristige Strategie zur Entwicklung der Beziehungen der Russischen Föderation zur Europäischen Union für den Zeitraum 2000-2010, die auf dem Gipfeltreffen von Premierminister Putin offiziell vorgestellt wurde. Premierminister Lipponen berichtete über die bislang erzielten Fortschritte sowie über die nächsten Schritte, die unternommen werden müssen, um die Gemeinsame Strategie der EU nach einem vom Vorsitz der EU erstellten Arbeitsplan umzusetzen. Beide Seiten bekundeten ihre Bereitschaft zu prüfen, wie sie ihre Zusammenarbeit auf der Grundlage dieser beiden Dokumente weiter intensivieren können.

Die Dokumente unterstreichen die Bedeutung, die beide Seiten einer engen politischen und wirtschaftlichen Partnerschaft und der weiteren Entwicklung einer solchen Partnerschaft im Rahmen des PKA beimessen. Ihnen liegen gemeinsame Werte - wie Einhaltung der Grundsätze der Demokratie, Achtung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft - sowie das gemeinsame Ziel zugrunde, die politische Stabilität und den Wohlstand in Europa zu fördern.

Auf der Grundlage der Vorarbeiten der EU-Außenministertroika, die am 7. Oktober in Moskau mit Außenminister I. Iwanow zusammentraf, erzielten die Parteien Einvernehmen über Maßnahmen zur Verstärkung des politischen Dialogs EU/Rußland, die darauf abzielen, diesen flexibler und effizienter zu gestalten. Insbesondere werden die neuen Möglichkeiten geprüft werden, die sich aufgrund der Entwicklung der GASP und der Ernennung des Generalsekretärs des Rates der Europäischen Union und Hohen Vertreters für die GASP ergeben haben. Wir würdigten die Bemühungen, die darauf ausgerichtet sind, den Dialog stärker ergebnisorientiert zu gestalten. Wir begrüßten ferner die jüngsten Gespräche zwischen dem Präsidenten des Rates (Wirtschaft und Finanzen), Herrn Niinistö, und seinen russischen Amtskollegen über die Möglichkeiten, einen konkreten Dialog mit dem Ziel herbeizuführen, die Entwicklung von Maßnahmen zur Förderung des nachhaltigen Wirtschaftswachstums durch die russische Regierung zu unterstützen.

Die EU bekräftigte ihre Bereitschaft, die Bemühungen zu unterstützen, die die russische Regierung unternimmt, um die Wirtschaft durch ein besseres Investitionsklima, durch die Umstrukturierung von Unternehmen, insbesondere im Bankensektor, sowie durch die Schaffung eines geeigneten Steuersystems im Rahmen des PKA und des TACIS-Programms sowie der internationalen Finanzinstitutionen zu beleben.

Wir nahmen Kenntnis vom Ergebnis der Tagung des Kooperationsausschusses vom 8. Oktober in Brüssel und bekräftigten unser Ziel, die weitere Ausdehnung des zweiseitigen Handels und der Investitionen zu fördern. Dabei erinnerten wir an die Bedeutung eines Beitritts Rußlands zur WTO, der es dem Land ermöglichen würde, in vollem Umfang an der neuen WTO-Verhandlungsrunde teilzunehmen.

Die Europäische Union und die Russische Föderation hatten einen Gedankenaustausch über die Lage im Nordkaukasus.

Wir nahmen Kenntnis vom Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam mit seinen wichtigen Auswirkungen auf die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, die Herr Solana ausführlich beschrieb. Ferner berichteten Premierminister Lipponen und Präsident Prodi über den Prozeß der Erweiterung der EU, der sich inzwischen beschleunigt hat. Dabei begrüßten wir die eingehenden Erörterungen, die auf der letzten Tagung des Kooperationsausschusses stattgefunden hatten. Die Parteien kamen überein, solche Diskussionen in den zuständigen PKA-Gremien regelmäßig fortzusetzen.

Wir nahmen mit Genugtuung davon Kenntnis, daß die Vorbereitungen für eine Außenministerkonferenz über die Nördliche Dimension am 11./12. November in Helsinki gut voranschreiten. Wir sehen diesem wichtigen Ereignis, bei dem erstmals die EU-Mitgliedstaaten und die Partnerländer der Region zusammenkommen, um über die besonderen Herausforderungen und Anliegen des europäischen Nordens zu beraten, mit Interesse entgegen.

Wir begrüßten die Fortschritte bei den derzeitigen Verhandlungen über das multilaterale Nuklear- und Umweltprogramm in Rußland (MNEPR) . Wir appellierten an alle betroffenen Parteien, ihre Bemühungen um einen möglichst baldigen Abschluß des Übereinkommens zu intensivieren. Mit diesem Übereinkommen würde ein Rechtsrahmen geschaffen, der eine ordnungsgemäße Umsetzung von Projekten zur Lagerung und Beseitigung radioaktiver Abfälle insbesondere in Nordwestrußland ermöglichen würde.

Im Bewußtsein der Notwendigkeit, unsere Zusammenarbeit bei der Bekämpfung krimineller Aktivitäten zu verstärken, begrüßten wir die Aufnahme von Sondierungsgesprächen zwischen EUROPOL und den zuständigen russischen Behörden im Hinblick auf den möglichen Abschluß eines Abkommens. Ferner nahmen wir mit Genugtuung die bei der Ausarbeitung eines gemeinsamen Aktionsplans zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität erzielten Fortschritte zur Kenntnis; wir hoffen, daß die Arbeit möglichst bald nach der für den 14. bis 16. Dezember 1999 in Helsinki anberaumten Konferenz über organisierte Kriminalität abgeschlossen wird. In diesem Zusammenhang hoben wir die Bedeutung gemeinsamer Anstrengungen zur Bewältigung des Problems der Geldwäsche hervor. Der Erlaß entsprechender Gesetze in Rußland sowie konzertierte Maßnahmen sind hierbei von entscheidender Bedeutung. Wir hatten auch einen Informationsaustausch über das Ergebnis der jüngsten Sondertagung des Europäischen Rates in Tampere sowie über die Ergebnisse der vor einigen Tagen in Moskau abgehaltenen G8-Ministertagung.

Wir bekräftigten unser Ziel, dem OSZE-Gipfeltreffen im November in Istanbul zum Erfolg zu verhelfen, und kamen überein, unsere Anstrengungen darauf zu konzentrieren, daß Einvernehmen über die Charta über europäische Sicherheit erzielt wird - ein umfassendes und bedeutendes Dokument, das auf der Ebene eines Gipfeltreffens angenommen werden sollte. In diesem Dokument sollten das Bekenntnis zur VN-Charta und die Grundsätze der Schlußakte von Helsinki, die unter den dynamischen sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen im OSZE-Bereich weiterhin gültig und anwendbar sind, bekräftigt werden.

Wir kamen überein, weiterhin eng zusammenzuarbeiten, um den Frieden im Kosovo auf der Grundlage der vollen Umsetzung der Resolution 1244/99 des VN-Sicherheitsrats zu konsolidieren, und erinnerten an die große Bedeutung einer effizienten Umsetzung des Stabilitätspakts für Südosteuropa bei der Förderung von Frieden, Stabilität und Zusammenarbeit nach Beilegung des Konflikts in der Region.

Wir gelangten zu dem Ergebnis, daß die Entwicklung einer strategischen Partnerschaft EU-Rußland wesentlich zu Frieden, Stabilität und Wohlstand in ganz Europa beitragen und Europa helfen wird, den Herausforderungen des nächsten Jahrtausends zu begegnen.